



Der Kreistag - Kreistagsausschuss für Soziales und Integration

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

Gießen, den 15. Dezember 2017

NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales und Integration des
Landkreises Gießen am 13. Dezember 2017
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 27. November 2017
eingeladen.

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Norbert Weigelt i. V. für Katarzyna Bandurka	Kreistagsabgeordnete	
Tobias Breidenbach	Kreistagsabgeordneter	bis 18.30 Uhr
Dirk Haas	Kreistagsabgeordneter	
Isabel de Jesus Domicke	Kreistagsabgeordnete	
Reinhard Hamel i. V. für Leyla Karadeniz	Fraktionsvorsitzender	
Haben Kidane	Kreistagsabgeordnete	
Christian Zuckermann i. V. für Matthias Knoche	Fraktionsvorsitzender	
Elisabeth Langwasser	Kreistagsabgeordnete	
Dr. Gerhard Noeske	Kreistagsabgeordneter	
Edith Nürnberger	Kreistagsabgeordnete	
Birgit Otto	stv. Ausschussvorsitzende	bis 18.00 Uhr
Jessica Pethö	Kreistagsabgeordnete	
Peter Pilger	Kreistagsabgeordneter	
Ulrich Salz	Kreistagsabgeordneter	bis 18.30 Uhr
Ellen Volk	Kreistagsabgeordnete	
Claudia Zecher	Ausschussvorsitzende	

beratende Ausschussmitglieder

Melek Adigüzel	Kreisausländerbeiratsmitglied
Tim van Slobbe	Kreisausländerbeiratsmitglied

Ältestenrat

Karl-Heinz Funck
KatrIn Schleenbecker
Norbert Weigelt
Björn Fleischer-Smajek
Reinhard Hamel
Harald Scherer
Günther Semmler
Christian Zuckermann

Kreistagsvorsitzender
stv. Kreistagsvorsitzende
stv. Kreistagsvorsitzender
Kreistagsabgeordneter
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Anita Schneider
Hans-Peter Stock
Silva Lübbers
Andreas Münnich

Landrätin
hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Frau Hackemann
Herr Dragoja
Herr Sinkel
Frau Jung
Herr Liebich
Frau Metzner
Frau Uhlenbrock
Herr Roth

Tarifbeschäftigte	bis 18.15 Uhr
Tarifbeschäftigter	bis 18.15 Uhr
Tarifbeschäftigter	bis 18.00 Uhr
Tarifbeschäftigte	
Oberamtsrat	ab 17.05 Uhr
Tarifbeschäftigte	bis 18.00 Uhr
Tarifbeschäftigte	bis 17.50 Uhr
Schriftführer	

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher eröffnet die Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales und Integration um 16.35 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmer/innen und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

2. Erstellung eines Armutsberichtes;
hier: Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 24. November 2017
(Vorlage Nr. 0506/2017)

Vorab wurde per E-Mail und als Tischvorlage eine Stellungnahme der Frau Landrätin Anita Schneider zum Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 24. November 2017 (Vorlage Nr. 0506/2017) versandt und ausgeteilt.

Frau Landrätin Anita Schneider erläutert den Hintergrund Ihrer Stellungnahme, geht auf diese ein und erläutert sie.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel stellt danach die Sache zurück und wird bis zur kommenden Kreistagssitzung am Montag, 18. Dezember 2017, eine Beschlussvorlage in dieser Sache einreichen.

3. Bericht zur präventiven Bildungsarbeit im Rahmen der Tätigkeit der Fachstelle Demokratie und Toleranz;
hier: Beschluss des Kreistages vom 6. März 2017

Frau Metzner stellt sich kurz vor und geht auf ihren jährlichen Bericht ein. Die wesentlichen Projekte und Arbeitsschwerpunkte werden anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt. Diese Power-Point-Präsentation wird im Parlamentsinformationssystem hinterlegt werden.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich Fraktionsvorsitzender Harald Scherer, Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel, sowie die Kreistagsabgeordneten Dr. Gerhard Noeske, Norbert Weigelt und Haben Kidane. Fragen werden durch Frau Metzner, Frau Uhlenbrock und Frau Hackemann beantwortet.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

4. Jahresbericht zur Sozialarbeit an Schulen;
hier: Beschluss des Kreistages vom 14. November 2016

Frau Uhlenbrock stellt sich kurz vor und geht auf ihren erstmals erstellten Jahresbericht ein. Die Power-Point-Präsentation wird im Parlamentsinformationssystem hinterlegt werden.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich

Fraktionsvorsitzender Harald Scherer, Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel, sowie die Kreistagsabgeordneten Dr. Gerhard Noeske, Norbert Weigelt, Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck und hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Hans-Peter Stock. Fragen werden durch Frau Uhlenbrock und Frau Hackemann beantwortet.

Der Jahresbericht wird an die kreisangehörigen Kommunen gesendet.

Frau Hackemann bittet um Feedback hinsichtlich des Jahresberichts.

Es wird festgehalten, dass jede Fraktion einen Jahresbericht in ausgedruckter Form erhält.

An der Diskussion über die Schulumlage und Zuordnung der Kosten der Sozialarbeit beteiligen sich Frau Landrätin Anita Schneider, Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel und Kreistagsabgeordneter Dr. Gerhard Noeske. Diesem Protokoll angefügt werden Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), aus denen hervorgeht, dass der Schulumlage die Kosten und Aufwendungen für die Schulsozialarbeit zuzuordnen sind.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

- | | |
|----|---|
| 5. | <u>Gleichbehandlung von ehrenamtlich arbeitenden Inhabern der Jugendleiter-Card (Juleica) mit den ehrenamtlich Tätigen mit Anspruch auf eine Ehrenamts card;</u>
hier: Beschluss des Kreistages vom 25. September 2017 |
|----|---|

Frau Landrätin Anita Schneider erläutert den vorgelegten Prüfauftrag im Rahmen des Kreistagsbeschluss vom 25. September 2017 und geht auf die zwei abänderbaren Kriterien in dieser Sache ein.

Frau Hackemann ergänzt diese Ausführungen.

Kreistagsabgeordneter Peter Pilger fragt nach dem weiteren Vorgehen und ob diese zwei Kriterien auch von den entsprechenden Gremien noch beschlossen werden müssten. Dies bejaht Frau Landrätin Anita Schneider.

Fraktionsvorsitzender Harald Scherer teilt mit, dass seine Fraktion diesen Prüfauftrag zunächst zur Kenntnis nimmt, hinsichtlich des weiteren Vorgehens jedoch eine weitere politische Diskussion nötig sei.

Kreistagsabgeordneter Norbert Weigelt schlägt diesbezüglich eine Erörterung im Ältestenrat vor.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck und Fraktionsvorsitzender Günther Semmler.

Der Kreistagsausschuss nimmt den vorgelegten Prüfauftrag entgegen.

6. Bericht des Kreisausschusses zu sogenannten "Reichsbürgern" im Landkreis Gießen;
hier: Beschluss des Kreistages vom 25. September 2017

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher begrüßt Herrn Sinkel von der Kommunalaufsichtsabteilung.

Frau Landrätin Anita Schneider erläutert den Hintergrund des Berichts.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel und Kreistagsabgeordneter Dirk Haas.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

7. Neue Berechnungsgrundlage für Nettokaltmieten (KdU);
hier: Beschluss des Kreistages vom 25. September 2017

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Hans-Peter Stock erläutert die Hintergründe der vorliegenden Stellungnahme zum Beschluss des Kreistags vom 25. September 2017 bzgl. der „Neuen Berechnungsgrundlage für Nettokaltmieten (KdU)“.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel geht auf diese Stellungnahme ein und hinterfragt die dort aufgeführten Vergleiche von „Analyse & Konzepte“ und MIKA.

Tarifbeschäftigter Igor Dragoja geht auf diese aufgeworfenen Punkte ein und widerspricht Herrn Fraktionsvorsitzendem Reinhard Hamel.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel und Kreistagsabgeordneter Dirk Haas.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

8. Zertifikat Wohnen und Wirtschaften (Zertifikat WoWi)

Frau Landrätin Anita Schneider geht auf den vorliegenden Kurzbericht zum Zertifikat WoWi ein.

Kreistagsabgeordneter Tobias Breidenbach fragt, ob konkrete Zahlen zur Teilnahme etc. pp. geliefert werden könnten bzw. vorliegen. Im Anschluss hieran wird festgehalten, dass es einen Jahresbericht zum Zertifikat WoWi geben soll.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Fraktionsvorsitzender Reinhard Hamel, die Kreistagsabgeordneten Norbert Weigelt, Elisabeth Langwasser, Haben Kidane, Isabel de Jesus Domicke, Katrin Schleenbecker, Landrätin Anita Schneider und die Mitglieder des Kreisausländerbeirates Tim van Slobbe und Melek Adigüzel.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

9. Projekt BASIS - Beruf, Alltag, Sprache, Integration und Soziale Teilhabe

Aufgrund Krankheit des Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Istayfo Turgay wird dieser Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung des Kreistagsausschusses für Soziales und Senioren verschoben.

Fraktionsvorsitzender Günther Semmler teilt mit, dass er vorab schon offene Fragen zu dem Projekt BASIS habe. Frau Landrätin Anita Schneider teilt mit, dass diese Fragen bereits jetzt eingereicht werden können.

10. Mitteilungen und Anfragen

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Hans-Peter Stock bedankt sich für die Tätigkeit von Büroleiterin Frau Eva-Maria Jung, die zum Ende dieses Jahres eine berufliche Veränderung anstrebt und daher den Landkreis Gießen verlassen wird.

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher schließt die Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales und Integration um 18.35 Uhr.



Claudia Zecher
Ausschussvorsitzende



Maximilian Roth
Schriftführer

Wiesbaden, den 05.10.2017

353 1510 (Hardt)

**Kommunales Haushaltsrecht;
Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)**

Der Erlass vom 22. Januar 2013 (StAnz. S. 222) wird wie folgt geändert:

Den Hinweisen zu § 4 werden folgende Sätze angefügt:

9.

Nach § 50 Abs. 3 Satz 1 FAG ist von kreisangehörigen Gemeinden, die nicht Schulträger sind, ein Zuschlag zur Kreisumlage zu erheben (Schulumlage). Das Aufkommen aus der Schulumlage darf die Belastung des Landkreises aus der Schulträgerschaft nicht übersteigen, aber auch nicht unterschreiten. Die Schulumlage ist daher vollständig kostendeckend zu erheben. Die Schulumlage ist vom Landkreis wegen ihrer Zweckbindung (§ 9 Abs. 1 GemHVO) im Produktbereich 03 „Schulträgeraufgaben“ als Ertrag zu veranschlagen. Die umlagepflichtigen Gemeinden veranschlagen die Schulumlage als Aufwand im Produktbereich 16 „Allgemeine Finanzwirtschaft“.

10.

Maßgeblich für die Zuordnung von Aufwandspositionen zur Schulumlage sind die §§ 151 bis 165 HSchG. Kosten der **inneren Schulverwaltung** werden vom Land, Kosten der **äußeren Schulverwaltung** werden von den kommunalen Schulträgern (§ 138 Abs. 1 bis 4 HSchG) als Pflichtaufgabe getragen.

Zur **äußeren Schulverwaltung** gehören Schulbau und Schulunterhaltungsmaßnahmen, ebenso wie die Ausstattung der Schulen mit Sachmitteln. Dies umfasst u.a. die Errichtung, Ausstattung, Verwaltung und Unterhaltung der Schulgebäude und –anlagen sowie der Sport- und Spielanlagen, ihre Ausstattung mit Lehrmitteln und Büchereien, die Aufbewahrung der Lernmittel sowie die Errichtung und Fortführung der Medienzentren.

Zur **äußeren Schulverwaltung** gehören weiterhin sämtliche in § 156 HSchG aufgeführten Personalkosten, anteilige Pensionsrückstellungen und auch Kosten für Leitungspersonal.

11.

Für die Ermittlung der in die Schulumlage einzubeziehenden Kosten sind die dem Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben) des Produktbereichsplanes (Muster 12 zu § 4 Abs. 2 GemHVO) zuzuordnenden Positionen einschließlich anteiliger Finanzierungskosten zu berücksichtigen. Diese beinhalten Aufwendungen für Fremdkapitalzinsen. Anstelle von nach Satz 1 berücksichtigungsfähigen Abschreibungen können auch Tilgungsleistungen i. S. d. § 3 Abs. 3 GemHVO in die Finanzierungskosten einbezogen werden. Eine Berücksichtigung von Tilgungsleistungen neben Abschreibungen kommt nicht in Betracht. Interne Leistungsverrechnungen sind zu berücksichtigen. Es können auch dem

Produktbereich 03 zuzuordnende Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen einbezogen werden.

12.

Der Schulumlage zuzuordnen sind Kosten und Aufwendungen für:

- Schulsozialarbeit
- Schülerbeförderung nach § 161 HSchG
- Betreuungsangebote der Schulträger nach § 15 Abs. 2 HSchG sowie ganztägige Angebote nach § 15 Abs. 3 und 4 HSchG, z.B. im Rahmen des Programmes Pakt für den Nachmittag
- Schülerversicherung nach § 150 HSchG

13.

Erhaltene oder geleistete Gastschulbeiträge nach §§ 163 und 165 HSchG sind ebenso innerhalb der Schulumlage zu berücksichtigen wie Erstattungen des Landes für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern aus einem anderen Bundesland nach § 164 HSchG.

14.

Dem Schulumlagebedarf sind dagegen **nicht** zuzurechnen:

- die Überlassung von Sportanlagen für Vereine
- die Volkshochschulen

15.

Zur Darstellung der dem Schulumlagebedarf zuzuordnenden Aufwendungen ist dem Haushaltsplan und dem Jahresabschluss eine besondere Übersicht nach § 4 Abs.2 Satz 4 GemHVO beizufügen. Diese entspricht den Inhalten der Muster 10 und 18 GemHVO. Die Übersicht wird als verbindliches Muster auf www.hmdis.hessen.de zur Verfügung gestellt.

16.

Verschiebungen von der Kreis- zur Schulumlage führen regelmäßig zu einer entsprechenden Entlastung des Kreisumlagebedarfs.

17.

In Anbetracht der Fehleranfälligkeit eines so umfangreichen Werkes wie des Haushaltsplans führt ein unrichtiges Umlagesoll infolge unzutreffender Zuordnung zu Kreis- und Schulumlage von weniger als 1 %-Punkt des Umlagesatzes (Umlagesoll / Hebesatz) nicht grundsätzlich zur Beanstandung oder sogar zur Nichtigkeit der Haushaltssatzung (vgl. Urteil OVG Thüringen v. 18.12.2008, Az.: 2 KO 994/06).